

Erstetung täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstraße 22.
Anzahlungen der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis Viertel 4 1/2 M.,
incl. Frachtporto 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schilfen für Extrablätter
ohne Postbeförderung 36 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 5 Pf. Zeitliche 10 Pf.
Kleinere Schriften und andere
Verlagsarbeiten — Tabellen etc.
Satz nach höherem Tarif.
Reclamirten unter dem Markenrechte
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

No 284.

Freitag den 11. October 1878.

72. Jahrgang

Die zweite Lesung des Socialisten-Gesetzes.

Berlin, 9. October. In dem Augenblicke, wo wir diesen Bericht niederschreiben, stehen wir noch unter dem unmittelbaren Eindruck der großen Rede, welche sich heute in den Stunden von 11 Uhr bis nahe 6 Uhr Nachmittags im Sitzungssaale des Reichstages abspielte. Es scheint, daß je näher die Entscheidung über die große, gegenwärtig die Nation bewegende Frage rückt, die Lebensschicksale mehr und mehr bestraft werden und diejenigen, deren böses Gewissen ihnen sagt, daß sie möglicherweise oder auch ganz gewiß die Schwere des in Frage stehenden Gesetzes treffen wird, wenn sie inzwischen nicht anderen Sinnes werden, noch einmal vorher sich gründlich ihres Gewissens und dessen gegen die bestehende und kommende Rechtsordnung der Dinge in Deutschland entleeren wollen. Welche bösartigen und gemeingefährlichen Elemente wir in Deutschland unter dem Schutze der Socialdemokratie haben, das hat die heutige Reichstagsdebatte klar und deutlich gezeigt. Das sündhafte Demagogentum und die weltliche Particularitäten schickten ihre vornehmsten Streiter in den Kampf und zeigten sich in ihrer wahren, ungeschminkten Gestalt: wir wollen hoffen, daß die cynische Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Redner dieser beiden Parteien ihre Besinnungen zur Schau trugen, doch keine guten Folgen haben wird. Der Entwicklungsgang, den Deutschland seit Jahrhunderten genommen, er hat es eben mit sich gebracht, daß hier und da ein Boden entstanden, aus dem hässliche Gistpflanze hervorsprossen, und wir werden es erst nach und nach erreichen, daß die deutsche Erde von solchen Erscheinungen frei wird. Aber es kann jedenfalls nicht schaden, wenn die reichsfeindlichen Parteien offen und frei mit der Sprache herausplagen.

Der Andrang zu der Sitzung des Reichstages war, wie Ihnen schon der Telegraph gemeldet haben wird, ein ungeheurer. Vor dem Reichstagsgebäude sammelten sich schon von 9 Uhr ab große Menschenmassen, so daß die wachhabenden berittlenen Schutzmännern alle Mühe hatten, die Circulation frei zu halten. Glücklich konnte derjenige genannt werden, der sich ein Eintrittsbillet zu verschaffen gewußt hatte. Der Sitzungssaal, d. h. dessen Treppenhalle, füllte sich von 10 Uhr ab rasch, abgleich programmäßig erst um 11 Uhr und thatsächlich 20 Minuten nach 11 Uhr die Sitzung ihren Anfang nahm. Wie immer in der letzten Zeit füllte das schöne Gebäude ein hartes Contingent der Zuhörer. Die Familien der Reichstagsabgeordneten und der Geheim- und Ministerialräthe schienen besonders stark vertreten zu sein. Das Haus selbst übte, nachdem die üblichen Wochensignale durch die verschiedenen Räume ertönt waren, fast gar keine Wäde.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Erneuerung der Wahl des Präsidiums betreffend, wurde ziemlich rasch erledigt. Es war vorauszuversetzen, daß das ehemalige Präsidium, um seine Zeit zu verlieren, durch Acclamation wieder gewählt werden würde. Es ist doch in Jedermanns Erinnerung, daß die Fraktionen der Deutschconservativen und des Centrums bei der Präsidentschaftswahl zu Anfang der Session eine sehr fühlbare Niederlage erlitten, als sie beide ihre Ansprüche auf Berücksichtigung bei der Wahl nicht durchsetzen konnten. Beide Fraktionen gaben heute ihrem Schmerz darüber nochmals Ausdruck, inwiefern dabei nicht es und es wurde das alte Präsidium auf Antrag des ältesten Mitgliedes des Hauses, des Abg. v. Bennig, in seinen Kernern auf die Dauer der Session bestätigt.

Die Debatte über den §. 1 des Socialisten-Gesetzes leitete der deutschconservative Fraktion angehörende bairische Abgeordnete von Reichthal ein, welcher in fröhlicher und nicht ungeschickter Weise für die Annahme des Gesetzes plaidirte. Es hat allemal etwas für sich, wenn ein Redner über ein fröhliches Organ verfügt, lebt und stehend spricht, und dieser Eigenschaften erfreute sich der genannte Abgeordnete. Auf diesen Redner folgte der wohlbekannte Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, der wohlwollende und paritätische Demokrat Sonnemann. In mehr als einflussreicher Rede wörtliche und donnernde der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“ gegen das Gesetz, von dem er wohl eine Vorahnung haben mag, das es sich auch über das gedachte Presseorgan entladen könne, welches sich so oft zum Vergnügen macht, die Zustände unseres deutschen Vaterlandes in den Staub zu ziehen. Die socialdemokratischen Blätter werden gewiß dafür Sorge tragen, daß die Sonnemann'sche Rede ihrem Wortlaute nach bekannt wird, da ein socialdemokratischer Abgeordneter selbst die Sache seiner Partei nicht besser hätte verteidigen können, und wir haben nicht nöthig, uns mit ihrem Inhalte näher zu beschäftigen. Uebrigens erhielt Herr Sonnemann bereits in der Sitzung selbst den Dank und die Anerkennung der socialistischen Abgeordneten, indem Lieblinck und Sonnemann seine Ausführungen oft mit Beifall- und Zustimmungsrufen begleiteten und nach der Rede auf ihn losließen und ihm die Hände schüttelten. Ein anderer Dank!

Von Herrn Bismarck, der nach Sonnemann das Wort ergriff, können wir nur sagen, daß er heute vom Ernste und der Schwere der Sache vollkommen durchdrungen war und daß er die geistreichen Bemerkungen, welche er sonst in seine Reden einzuflechten liebte, ganz bei Seite ließ. Er fertigte zunächst den Abg. Sonnemann gründlich ab und machte einige Mißthaltungen über dessen Liebäugeln und Verbindungen mit der französischen Demokratie. Man kann abergenügt sein, daß der Reichstagsler sich auf Thatsachen stützte, wenn er von der „Frankfurter Zeitung“

behaupete, daß er sich aus ihr häufig über die Anschauungen der französischen Regierungskreise oder habe orientiren können, als sie ihm durch die Berichte der deutschen Botschaft in Paris übermittelt worden seien. Es ist übrigens schon längst Jedermann klar gewesen, daß die Haltung der „Frankfurter Zeitung“ durch und durch antinational ist. Uebrigens und wahr ist, was der Kanzler über die Entwicklungsgeschichte der Socialdemokratie in Deutschland vortrug. Einen überaus tiefen Eindruck im ganzen Hause machte sein mit erhöhter Stimme vorgetragenem Appell an die reichstreuen Fraktionen, die Deutschconservativen, die Deutsche Reichspartei und die Nationalliberalen, daß sie sich enger an einander schließen und, nebenfällige Differenzen vergessend, dadurch dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen möchten. Herr Bismarck sprach damit nur aus, was so viele Hunderttausende im Volke denken und wünschen. Hoffentlich werden diese Worte nicht ungehört verhallen und namentlich nicht in einzelnen Bundesstaaten, wo bisher in überholenden Kreisen die Nationalliberalen schlimmer angesehen wurden als die Socialdemokraten. Wenn Herr Bismarck seinem Wünsche Nachdruck geben will, dann wird er freilich aber auch dafür Sorge tragen müssen, daß eine solche Behandlung, wie sie z. B. bei den letzten Wahlen in der Provinz Hannover zu Gunsten der Belfen von vielen Regierungsbekleideten zu Theil geworden, nicht wieder vorkommt. Er wird das um so leichter veranlassen können, als ihm heute durch die Ausführungen des welfischen Abgeordneten Grafen Brühl, des Vortretters der Stadt Hannover, wieder klar geworden sein wird, daß der Reichstag in dem ehemaligen Königreich Hannover gewählten Particularisten sind. In der Rede des Abg. Brühl kam eine Stelle vor, die dem nackten Vaterlandverrat baldig und die jedem ehrlichen, dem Vaterland liebhabenden Deutschen die Schamröthe auf die Stirn treiben muß. Der Ordnungsruf des Präsidenten war nur eine ganz gelinde Correctur für die Schamlosigkeit des Abgeordneten für Hannover.

Etwas hart hatte Herr Bismarck in seiner Rede die Fortschrittspartei behandelt, man kann jedoch nicht sagen, daß die Behandlung eine unerbittliche gewesen. Thatsächlich ist es doch so, daß die Reichsregierung sich in den allermeisten Fällen die Fortschrittspartei als Feind gegenüber gestellt hat und daß diese Partei gegenwärtig wieder mit dem Centrum, den Polen, den Socialisten u. an einem Strange zieht. Es ist ja richtig, daß die Fortschrittspartei dabei von anderen Gründen geleitet wird, aber der Effect ist derselbe. In den Reihen der Fortschrittler herrscht große Erbitterung während und nach der Rede Bismarck's, und der Abg. Eugen Richter lief umher, bald Sonnemann ansporndend, sich Nichts gefallen zu lassen, bald Bismarck mit Zwischenbemerkungen in die Rede fallend. Der Stimmung der Fortschrittspartei gab der Abg. Hänel, dem übrigens der Reichstagsler gerecht geworden war, Ausdruck.

Nachdem noch der württembergische Abgeordnete von Schmid, ein Mitglied der Deutschen Reichspartei, mit Wärme für Annahme des Gesetzes gesprochen und dem Abg. Sonnemann einige bittere, aber wohlbegründete Wahrheiten gesagt hatte, begannen, nachdem ein Antrag auf Vertagung der Sitzung eingereicht worden war, die persönlichen Bemerkungen, zu denen in der Hauptsache die ausfallenden Bemerkungen des Abg. Sonnemann Anlaß gaben. Herr Sonnemann mußte von dem Reichstagsler sowohl als namentlich auch von dem Abg. Dr. Vastler, dem er ganz falsche Ausweisungen in Bezug auf die Beratungen in der Commission in den Mund gelegt, dem Abg. von Kardorff und dem Abg. von Schmid, sehr energische und theilweise auch wenig löbliche Vertreibungen hinnehmen. Als der Abg. Sonnemann sich dagegen verwahren wollte, geriet er unaufhörlich mit dem Präsidenten in Conflict, der ihn belehren mußte, daß er fortwährend aus dem Rahmen persönlicher Bemerkungen sich herausbewege. Die mit Aplomb vorgetragene Beheuerungen Sonnemann's, die „Frankfurter Zeitung“ sei ganz unabhängig von ausländischen des französischen Einflusses, machten wenig Eindruck. Dagegen erregten seine Bemerkungen, welche für das genannte Blatt zu machen, indem er es für nach allen Richtungen hin wohl informiert bezeichnete, große Heiterkeit.

Um 1/5 Uhr machte sich die Ermüdung im Hause so sehr geltend, daß der Antrag auf Vertagung mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die Fortsetzung der Debatte findet am Donnerstag Vormittag 11 Uhr statt.

des Fürsten Bismarck in jenen zwei Stellen, wo er die Bitte an die Fraktionen richtete, sich zu verständigen und eine Coalition (der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien im Bunde mit der Regierung) zu bilden, stark genug, alle die Stürme, denen das Reich ausgesetzt ist, erfolgreich zu bekämpfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Appell des Reichstagslers an die nationalliberale Partei ein Echo finden wird. Sagte er doch geradezu, daß der Regierung volle 2/3 des Reichstages verschaffen sind und daß sie auf die Nationalliberalen und die beiden konservativen Parteien angewiesen ist. Allerdings erregte es Heiterkeit, als der Reichstagsler versicherte, daß er mit der Reichstagsauflösung nur einen Austausch zwischen den Abgeordneten und Wählern vermitteln wolle, damit erstere, gekürt durch die Unterstützung mit dem heimischen Boden, wiederkehren. Aber eben in dieser Versicherung und in anderen lag der Wunsch, sich über die nächsten Ziele der Reichsregierung, einen Compromiß betreffend der Communalverfassung, mit der ausschlaggebenden (nationalliberalen) Partei zu verständigen. Daß ein solcher Compromiß im Augenblicke ernstlich vorbereitet wird, geht aus allen Mittheilungen hervor. Wenn auch der Reichstagsler noch einen Trud ausüben zu müssen glaubte, indem er halb nachgiebig, halb drohend sagte: „Vertrauen Sie nicht auf eine gerechte Ausführung des Gesetzes, fürchten Sie sich aber die verbündeten Regierungen mehr als die Socialdemokraten, so würde ich mich fragen müssen, ob es nicht Zeit sei, Jemandem Blag zu machen, der Ihr Vertrauen in höherem Grade besitzt als ich, oder ich müßte nach anderen Mitteln suchen.“ Jedenfalls steht diese Auslassung mit den im Reichstagscurirenden Mittheilungen im Zusammenhang, daß im Bundesrathe keine Reueigung vorherrscht, auf die wichtigsten Beschlüsse der Commission einzugehen, an welchen die Nationalliberalen schubhalten entschlossen sind. Die Ansicht der Fraktion geht jedenfalls noch dahin, daß seitens der Regierung bis jetzt keineswegs die Punkte bezeichnet worden sind, ohne welche sie das Gesetz nicht auszuführen vermöchte und deshalb dürfte man trotz der Erklärung des Reichstagslers nicht annehmen, daß eine Verständigung schwierig oder hier unmöglich sei. Der Boden ist für 2/3 des Reichstages gesunden und die Kritik, welche heute der Reichstagsler gegen die Commission'sbeschlüsse zum §. 1 richtete, hat gerade unter der Mehrheit nicht die Ueberzeugung hervorgerufen, daß ihre Annahme zu einer Cabinetsfrage oder gar zur Auflösung des Reichstages führen könnte. Allerdings behauptet man, daß die Majorität für die Commission'sbeschlüsse nicht über 50 Mitglieder beträgt, wie der Reichstagsler mit der Division in sieben Theile annimmt. Inwiefern wird sie innerlich auf 28 Stimmen angesetzt, wenn nicht etwa die heutigen auftretenden Scenen zwischen dem Reichstagsler und dem Abgeordneten Sonnemann im Hause ein Plus oder Minus produciren werden. Ein plastisches Bild dieser Vorformnisse gemahnt schon die Lectüre des Parlamentsberichts. Die Glocke des Präsidenten, seine häufigen Unterbrechungen und Ordnungsrufe, die stürmischen Krämpfe der Abgeordneten, die nervöse Aufregtheit des Reichstagslers, das Alles und mehr gestaltete sich gegen den Schluss der Sitzung zu einem Vorgange, der deshalb von einer so eigenthümlichen Wirkung war, weil nicht die Socialdemokraten an der Debatte Theil genommen haben. Dies steht uns noch bevor, und so mögen die Ereignisse des heutigen Tages nur als Vorpiel des folgenden parlamentarischen Schauspiel gelten.

feher geeint und organisiert werden. Die in Berlin arbeitslos gewordenen oder arbeitslos werdenden Socialisten und diejenigen, welche der Polizei als Socialisten bekannt sind — man schätzt ihre Zahl auf 15,000 — sollen Berlin verlassen und namentlich an solchen Orten, wo noch keine socialistische Agitation bestanden hat oder besteht, nöthigenfalls auch im Auslande (Belgien, Schweiz) Unterkunft suchen. Für jede neue socialistische Colonie soll ein „bewährter Arbeitergenosse“ als eine Art von Oberhaupt bestellt werden, welchem die Einzelnen Gehorsam zu leisten haben und der durch monatliche Berichte mit einem in Auslande einrichtenden Central Comite in Verbindung bleibt. Die Hauptthätigkeit dieser „bewährten Arbeitergenossen“ soll darin bestehen, durch Bildung von äußerlich unabhängigen Orts- und Familienvereinen den Verband der Socialisten untereinander aufrecht zu erhalten und in Form von kleinen Flugblättern denselben auch socialistische Propaganda zu liefern.

Aus Westfalen wird gemeldet, daß die dortigen socialdemokratischen Blätter hauptsächlich die Frage der Auswanderung en masse nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und nach Kleinasien, und zwar meistens in befürwortender Weise ventiliren. Auf der „Kothens Erde“ ist man für die Auswanderung gewissermaßen begeistert und sollen die einleitenden Schritte zu deren Ausführung im vollen Zuge sein. Vielleicht entscheidet man sich dazu, jenseits der großen „Lache“ den Zukunftsstaat praktisch ins Leben zu rufen.

Eine Berliner Correspondenz meldete, daß ein feierlicher Schluss des Reichstages durch den Kronprinzen stattfinden werde. Diese Nachricht ist — so melden die Officiellen — falsch. Da der Kronprinz aus naheliegenden Gründen sich der feierlichen Eröffnung enthielt, wird auch ein feierlicher Schluss des Reichstages nicht stattfinden.

Der Erzbischof von Bamberg reiste in Begleitung mehrerer Cleriker nach Rom. Derselbe hatte Unterredungen mit dem Nuntius Rasella und dem bayerischen Minister Puy.

Die „Polit. Correspond.“ bringt aus Konstantinopel Mittheilungen über die Entscheidung der letzten türkischen Circularnote. Nach demselben bestimme es sich, daß in den Kreisen der Pforte auf die Erhaltung der guten Beziehungen zu Oesterreich nach wie vor großes Gewicht gelegt werde. Der Vertreter der Pforte in Wien sei angewiesen worden, sich in diesem Sinne auszusprechen und sei dies, wie eine Bemerkung der Redaction der „Polit. Correspond.“ bestätigt, auch thatsächlich geschehen. Nichts desto weniger sei es Thatsache, daß in Konstantinopel innerhalb und außerhalb des Palais des Sultans eine Agitation gegen Oesterreich unterhalten werde. Diese Agitation habe durch die politischen Vorgänge in Ungarn einen weiteren mächtigen Impuls erhalten und sei bereits auf dem Punkte angelangt, sogar Consequenzen in Ungarn in den Bereich ihrer Hoffnungen und Berechnungen zu ziehen, welche auf die Occupation Bosniens im Sinne der türkischen Wünsche reagiren könnten. Unter dem Einflusse dieses Ideenreizes sei die Circularnote entstanden mit der notorischen Tendenz, der ungarischen Opposition eine neue Handhabe zur Agitation gegen die Occupation zu liefern.

Aus Bukarest wird gemeldet, die officielle Besitzergreifung von Bessarabien durch die Russen sei auf den 13. October festgesetzt.

Die Engländer befinden sich den Afghanen gegenüber in einer keineswegs beneidenswerthen Lage. Der „Standard“ meldet aus Allahabad: In Folge des Erscheinens und der drohenden Haltung einer starken afghanischen Truppenabtheilung in der Nähe von Jamrud ist die Besatzung um 7 Regimenter Infanterie und 3 Batterien verstärkt worden. Der Commandant, General Ross, traf Vorbereitungen, den unteren Theil des Passes zu forciren und Klimageschick anzugreifen, als er den Befehl erhielt, weitere Verstärkungen abzuwarten, damit man auch nicht dem geringsten Gefahr aussehe.

Aus Paris wird vom 8. October gemeldet: In dem heute abgehaltenen Ministerrathe unterzeichnete der Marschall Mac Mahon die Decrete über die Senatswahlen, welche am 5. Januar, und der Delegirtenwahlen, welche am 27. October stattfinden. Gleichzeitig wurde der offizielle Schluss der Weltausstellung auf den 10. November festgesetzt. Der Prinz von Wales trifft etwa am 18. d. hier ein. — Der russische Finanzminister Grewitz befindet sich hier, um mit Finanzmännern wegen Emission einer neuen Anleihe zu verhandeln. — Rivers Wilson ist auf der Durchreise hier eingetroffen. Eine definitive Verständigung zwischen England und Frankreich betreffend der Arrangements im egyptischen Ministerium ist noch nicht hergestellt. Angesichts

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. October.

Das gesammte politische Interesse concentrirt sich auf die Verhandlungen des Reichstages, wo gegenwärtig die Waffen gegen die verderblich bringende socialistische Propaganda gekämpft werden. Der Kanzler hat recht, er braucht keine „Indianerkugel“ anzuschleudern, denn noch beherrschen wir diese „rothe Race“. Die Bürgschaft dafür liefern die socialdemokratischen „Kraale“ selbst, in denen eine äußerst lebhafteste Bewegung herrscht, sei es, um abzuweichen, oder gar den Rückzug zu nehmen. Da werden „Genossenschaftsdruckereien“, „Liquidirt“, Casen über die Landesgrenzen geschleppt, Auswanderungsprojekte ventilirt, Zeitungen umgetauft, um den Petroleumgeruch zu entfernen, und was der Hebelnaten etwa mehr sind. Die Ratten verlassen eben das Schiff. Den Anfang macht die Berliner Centralstelle für Classen- und Volkerverbände. Die Allgemeine deutsche Associations- und Druckerei in Berlin, in deren Verlag die frech-demagogische „Berliner Freie Presse“ erscheint, geht mit der Absicht um, nach Erlass des Socialisten-Gesetzes Alles in Sicherheit zu bringen. Ein Inserat des letztgenannten Blattes beruft die Mitglieder der „Genossenschaft“ zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf Sonntag, 3. November dieses Jahres. Auf der Tagesordnung derselben steht nur der Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts. Vivat sequens!

Die socialistischen Führer, jene vom Schweiße des Arbeiters genährten Propagatoren, haben die verschiedenen Botschaften in Bezug auf das die ihre Partei bedrohende Gesetz getroffen. Die Parole soll sein, jeden Widerstand gegen die Gesetze durch Wort, Schrift oder That schlichterdinges zu vermeiden, dagegen soll die Partei innerlich um so

Berlin, 9. October. Die hochgradige Spannung, mit welcher der heutigen Debatte über das Socialisten-Gesetz im Reichstage entgegengesehen wurde, ist durch die äußerst lebhaften, stellenweise sogar härmliche Diskussion noch übertrieben worden. Die Parteigegensätze plagten in so entscheidender Weise auf einander, wie wir es in dieser Vertretung des deutschen Volkes bisher noch nicht erlebt haben. Herr Bismarck bildete selbstverständlich den Mittelpunkt des parlamentarischen Geschehens, und daß er trotz seiner Aufregung den leitenden Faden für die Action nicht verlor, ist ein neuer Beweis für seine staatsmännische Kunst und parlamentarische Routine. Wohl gingen zum Anfang der Debatte die Wogen noch nicht hoch, obwohl der Abg. Sonnemann die schneidenden Angriffe gegen die Regierung und die ihr zunächst stehenden Parteien richtete. Aber später, und insbesondere bei den persönlichen Bemerkungen, erreichten die Lebensschicksale eine Höhe, welche dem Hörer unwillkürlich an die Conflictzeit erinnerten. Und doch lag das Schwerkentwort der Rede